Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Nachtragsproduktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

Produktplan:	11	Justiz
Produktbereich:	11.01	Fachgerichtsbarkeit
Produktgruppe:	11.01.07	Arbeitsgericht Bremen

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird von 1.104 T€ um 8 T€ auf 1.096 T€ reduziert.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird von 738 T€ um 141 T€ auf 879 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert:

Einzelplan:	01	Justiz und Verfassung, Sport
Kapitel:	0151	Arbeitsgericht Bremen
Titel:	0151/422 01-2	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter

Der Anschlag wird von 778.800 € um 7.580 € auf 771.220 € reduziert.

Titel:	0151/532 22-5	Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte bei Prozesskostenhilfe
--------	---------------	--

Der Anschlag wird von 414.460 € um 141.210 € auf 555.670 € erhöht.

Cornelia Wiedemeyer,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU